

Der Mahnruf

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrsabonnement S 1.40

Erscheint wöchentlich

Verwaltung und Redaktion: Elisabethnergasse Nr. 20. — Geschäftsstunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Nummer 44

Graz, Dezember 1927

1. Jahrgang

Ein Brief — kurz aber lehrreich!

Bekanntlich existiert eine Gebäudesteuer, die auf den in Graz wohnenden Proletariern in der durchschnittlichen Höhe zwischen 3 und 6 S lastet. Ob in Arbeit oder arbeitslos, ob Seipelrentner oder Hungerpfändner, jeder muß sie zahlen, keiner ist verschont. Der arbeitslose Hauptmieter bekommt zwar einen Teil zurück, nicht aber der Seipelrentner und der Hungerpfändner oder der Arbeitslose, der in Untermiete ist. Diese Gebäudesteuer, von der zwar mancher nichts wissen wird, weil sie im monatlichen Zins inbegriffen ist, macht beim Proletarier

jährlich 36, 48 oder 72 S

aus, das sind

1 bis 2 Wochenlöhne!

Diese Steuer ist, sofern sie die Arbeitenden trifft, antisozial und muß beseitigt werden. Die

Sozialdemokraten sind im Landtag und Gemeinderat zwar nie für ihre Beseitigung eingetreten.

Anstatt zu beantragen, alle Arbeitslosen, Altersrentner, Pfändner sowie alle Arbeiter und Kleinen Angestellten von der Gebäudesteuer zu befreien,

haben die Sozialdemokraten im Stadtrat in Aussicht gestellt, in „einzelnen“ ganz berücksichtigungswürdigen Fällen die Gebäudesteuer, wenn darum angefragt wird, zurückzuzahlen.

Über das Ansuchen entscheidet der sozialdemokratische Stadtrat Lindner. Wir geben hier seine Antwort, die er einem bei der Arbeit Ergrauten auf die Bitte, ihm die Gebäudesteuer zurückzuzahlen, im Original wieder:

Stadtrat Graz, Abteilung IV a.

Zl. IVa 3521/1-1927.

Betreff: Grobin Johann,

Gebäudesteuerrückschuß.

Das vorliegende Ansuchen des Johann Grobin wird abgelehnt, da er alleinstehend ist und für niemand zu sorgen hat.

Hievon wird Herr Johann Grobin in Graz, Lendplatz 4/1, Tür 11, verständigt.

Für den Bürgermeister:

Der Stadtrat:



Graz, am 2. XII. 1927.

Der Altersrentner Grobin, ein ehemaliger Bäcker-geselle, der Jahrzehnte für den Profit der Unternehmer gearbeitet hat, sucht um die Rückzahlung an. Für einen Seipelrentner, der von 50 S monatlich leben soll, spielen einige Schillinge halt eine sehr große Rolle und in diesem Falle eine umso größere, als der Erwähnte 20 S für Miete und 10 S für die Wäsche ausgeben muß und keinen Menschen hat, der ihm manchmal helfen würde. Wohl war er Vater von fünf Söhnen, die sind aber alle am „Felde der Ehre“ für den Selbstakt gefallen und vermodert.

Und nun fragen wir: Sind das Arbeitervertreter? Ist das eine Arbeiterpolitik? Machen es die Bürgerlichen nicht genau so? Diese Antwort ist ein Dokument der Schande! Der sozialdem. Stadtrat Lindner ist gegen die Rückzahlung der Gebäude-

steuer an einem armen Hungerleider, an einem Seipelrentner.

Dieser Einzelfall ist aber mehr als ein Einzelfall. Er ist das Zeichen von der abgleitenden Arbeiterpolitik der S. P.

Dieser Brief ist ein Beweis, daß sich die sozialdemokratische Führerschaft von der Not und den Sorgen des Proletariats entfremdet, daß eine Kluft entstanden ist zwischen Arbeiter und sozialdemokratischen Parteiführern. Sie sind, was wir immer sagen, Kleinbürger geworden.

Den Vertrauensmännern der S. P., sofern sie Arbeiter sind, und den sozialdem. Betriebsräten legen wir nahe, diesen Brief zur Sprache zu bringen und Rechenschaft über ein derart arbeitserfeindliches, antisoziales Verhalten des sozialdem. Gemeinderates zu fordern und zu erklären:

Weg mit der Gebäudesteuer von den proletarischen Wohnheimen!

Macht Schluß mit Parteilosigkeit und Indifferenz.

Die wirtschaftliche Lage der österreichischen Arbeiter ist beinahe so schlecht, wie die der Pariser Industriearbeiter 1789, bevor sie zum Sturm auf die Bastille ansetzten und für Arbeit und Brot zu den Waffen griffen. Damals machte ein Laib Brot ein Neuntel des Tagelohnes aus: heute sind dieselben Verhältnisse. Der Arbeitslose bekommt für seine Tagesunterstützung gar nur 4 Laib Brot und auch nur dann, wenn er in der höchsten Klasse ist.

Wohl wissen die Proletarier, daß an ihrer schlechten Lebenslage in erster Linie die bürgerliche Gesellschaft schuldtragend ist. Sie wissen, daß es die Bürger, die Unternehmer, die Bankreife sind, die sie auf die Hungerration setzen.

Tausende machen aber auch an ihrem Hungerdasein die S. P. mitschuldig, und zwar deshalb, weil sie gegen die freigeschriebene Bourgeoisie nicht den Kampf bis aufs Messer führt, sondern im Gegenteil zurückweicht oder, wie es seit dem 15. Juli der Fall ist, offen von Versöhnung, Koalition und Verständigung spricht, während in den unteren Arbeiterkreisen der Hunger die Gedärme zermahlt und das Elend die Krone des Klassenkampfes gegen die bürgerliche Ausbeutung wirbelt.

Viele haben deshalb der S. P. den Rücken gekehrt und sind parteilos. Daß dieses Verharren in der Parteilosigkeit die größte Torheit ist, müssen die Parteilosen einsehen lernen, umso mehr, als sie bei der uns gegenüberstehenden Front der Klassengegner einen immer festeren Zusammenschluß der Arbeiterfeinde in den verschiedenen Parteien, sei es christlich-sozialer Partei, Deutschnationaler oder Landbändler, beobachten können.

Ja noch mehr, die Arbeiterfeinde organisieren sich militärisch, Frontkämpfer, Heimwehren.

Das sollte man doch den Parteilosen die Augen öffnen, damit auch sie wissen, wie viel es geschlagen. Wir wissen, daß die meisten der heutigen parteilosen Arbeiter von der S. P. nichts mehr wissen wollen. Das ist verständlich. Wir haben einen ähnlichen Zug im bürgerlichen Lager beobachten können. Große Teile der Bauern waren mit der christlichsozialen Partei unzufrieden, sie haben ihr den Rücken gekehrt, sind sie parteilos geblieben? O nein! Sie haben sich aus dem Nichts den Landbund geformt, der allerdings nur eine Interessensvertretung der Großbauern ist. In der Stadt haben sich die Bürgerlichen zeitweilig der Udo-Bewegung angeschlossen, die zwar kläglich Schiffbruch erlitten hat.

Immer aber haben die Bürgerlichen verstanden, daß die Masse alles, der Einzelne muß ist. Der Einzelne wird von den Mühlsteinen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zerrieben. Was der Bürgerliche begreift, das muß auch der Arbeiter, der heute parteilos ist, verstehen lernen: **Zusammenschluß der Gleichgestellten, um erfolgreicher kämpfen zu können.**

Der Arbeiter im Betrieb, der bei einem Schandlohn schuftet und dem die Gewerkschaftsbürokratie

Proletarier!

Tretet aus der Kirche aus! Austrittserklärungen sind zu haben in der Verwaltung des „MAHNRUF“ und ebendort abzugeben!

zu lag ist, der Arbeitslose, der mehr Unterstützung braucht und dessen Stimme von den sozialdem. Nationalräten nicht mehr gehört wird, der Proletariat, der mit der sozialdem. Gemeindepolitik nicht mehr einverstanden ist, der jugendliche Arbeiter, der gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung aktiv kämpfen will, die proletarische Hausfrau, die auf die Sozialdemokraten schlecht zu sprechen ist, weil sie gegen die Lebensmittelverteuerung zu kämpfen, diese alle sind stark und mächtig, wenn sie sich treffen und nun als Masse gemeinsam für ihre Interessen den Kampf aufnehmen. Wir rufen deshalb allen revolutionären Arbeitern, allen Unzufriedenen, den Frauen und Jugendlichen aus dem Proletariat zu: **Macht Schluss mit der Parteilosigkeit und der Indifferenz; schließt euch mit uns zum gemeinsamen Kampf zusammen, tretet unseren Reihen bei und baut überall Organisationen der Kommunistischen Partei (Opposition) auf.**

Ja, werden die ganz Weisheiten jagen, Ihr seid ja noch klein. — Diese vergessen, daß noch keine Massenpartei vom Himmel gefallen ist. Wo war z. B. die sozialdem. Partei vor 30 Jahren? Sie war nicht größer als wir. Ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit ist wie bereits erwähnt, der Landbund. Vor Jahren eine unscheinbare Gruppe, heute eine einflussreiche bürgerliche Partei. Das Argument ist also dumm. Der Anfang muß gemacht werden. Je rascher, desto besser. Jeder Tag, den der Parteiloze als Außenseiter verbringt, jede Stunde, die der mit der S. P. Unzufriedene noch in ihren Reihen verbringt, ist eine verlorene Position.

Und dann! Der 15. Juli findet noch eine Fortsetzung. Es gährt und kocht in den Niederungen des Proletariats. Heißer werden die Besten aufstehen und dann soll die letzte Stunde der bürgerlichen Gesellschaftsordnung geschlagen haben.

Schließt die Reihen! Baut mit uns eine Partei des rückständigsten Klassenkampfes gegen das Bürgertum auf! Kämpft mit uns gemeinsam zum Kampf und Sieg über die kapitalistische Gesellschaftsordnung!

Was ist mit der versprochenen Kohlenausgabe an die Arbeitslosen?

Die Gewerkschaft gab die Auskunft, daß die versprochene Kohle an die Arbeitslosen vor Weihnachten zur Ausgabe gelangt. 100 kg. Damit soll wieder den ganzen Winter das Auslangen gefunden werden. Bevor die Arbeitslosen nicht an den Türen des Landhauses und des Rathauses rütteln werden, wird diese lächerlich geringe Beteiligung nicht erhöht werden. Für die Altersrentner und Pfändner steht die Beteiligung noch in Frage. Das ist schändlich! Wenn die Gemeinde 30 Millionen für Blumen ausgeben kann und das Land für unnütze Dinge Geld verschleudert, dann muß auch soviel ausgebracht werden, daß die bei der Arbeit ergrauten Männer und Frauen bei der Seipelrente, die sie zum Hungern verurteilt, nicht auch noch erfrieren müssen.

Das Gesicht der Bourgeoisie (Provokation).

Gampel (großdeutsch): „Wir sind der Meinung, daß die Polizei am 15. Juli nichts anderes als ihre Pflicht gemacht hat. Wir stehen geschlossen hinter den Polizeipräsidenten Schöber. Solange es in diesem Staate eine bürgerliche Mehrheit geben wird, werden wir dieser Mann wegen seiner Verdienste, die er sich am 15. Juli, um die Sicherheit der Republik erworben hat, Dank wissen.“

Hartleb (Bauernbund), berichtet, daß für die Polizei S 100.000, eine Milliarde in Kronen, gespendet wurden. Die Sozialdemokraten fragen von wem? Hartleb: „Das Ihnen mitzuteilen, habe ich gar keine Ursache.“

Hartleb: Tatsächlich habe ich auf telephonischen Anruf des Polizeipräsidenten im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler Seipel die Zustimmung zur Ausrüstung der Polizei mit Karabinern am 15. Juli erteilt.

1000 Arbeiter fliegen täglich aufs Pflaster.

Statt Notkondensarbeiten — Einstellung der Elektrifizierungsarbeiten.

Im November sind mehr als 20.000 Arbeiter arbeitslos geworden. Alles Gerede der sogenannten wissenschaftlichen Institute für Konjunkturforschung, daß die Krise in Österreich im Abflauen begriffen ist, erweist sich als Fehlbildung. Die Krise verschärft sich. Und dabei wächst die Tenierung; das Elend der Gesamtarbeiter nimmt ein unbeschreibliches Ausmaß an.

Die Gewerkschaftsführer suchen einfach die Achseln und benützen höchstens die Arbeitslosigkeit als Schreckmittel für die Arbeiter, die Lohnforderungen stellen wollen.

Die „große Partei“, die Sozialdemokratie, läßt den Kapitalisten nach und bittet um eine „Koalition“, um Ministerposten. Sie fürchten nichts mehr, als das Anschwellen der Massenempörung, als ernste Kampfbereitschaft der Arbeitererschaft.

Sind die Arbeitslosen wirklich verurteilt langsam zu verhungern?

Wir revolutionären Kommunisten wissen, daß diese Krise nur überwunden werden kann, durch eine Beseitigung des kapitalistischen Systems, durch die proletarische Revolution. Aber wir wissen auch, daß es möglich ist, das schreckliche Elend der Arbeitslosen zu lindern, zu lindern durch entschlossenen Kampf, auf Kosten der Bourgeoisie.

Wozu die Bourgeoisie und ihre Regierung fähig ist, das beweist die kürzlich bekanntgegebene

Einstellung der Elektrifizierungsarbeiten bei den Bundesbahnen, durch diese Einstellung werden neuerdings 15—20.00 Arbeiter brotlos!

Diese Einstellung erfolgte nicht wegen „Murenabilität“ elektrifizierender Bahnen, sie erfolgte ausschließlich auf Befehl der Kohlenmagnaten, des Herrn Rothschild (Kreditanstalt), der an dem Import seiner Ökraner Kohle gewaltige Summen verdient. Im Wege der englischen Finanzkrise, die der Regierung Seipel Kredite gewähren,

hat die Kreditanstalt die Einstellung der Elektrifizierungsarbeiten erreicht.

So wird die Arbeitslosigkeit weiter verschärft, so wächst das Heer der Verzweifelten, der Verelendeten, so wächst, wenn nicht durch entschlossenen Kampf Abhilfe geschaffen wird, jene dumpfe Massenverzweiflung und Indifferenz heran, die die gänzlichste Atmosphäre für den lauernden Faschismus darstellt.

Es kann durch Mobilmachung aller Kräfte des Proletariats den Arbeitslosen auf Kosten der Bourgeoisie bedeutende Hilfe gebracht werden. Es gibt noch genug erfaßbaren Reichtum in Österreich, noch gibt es hunderte Millionen Goldkronen im Besitz der alten Aristokratie, der Salzburger und riesenhaft Reichtümer im Besitz des Klerus.

Die Baulengewinne steigen.

Nur der Kampf muß ausgenommen werden, der Kampf auf der ganzen Linie. In den Gemeindefestungen vermüssen die Arbeitslosen das Eintreten der Sozialdemokraten für entscheidende Maßnahmen zur Linderung der Not. Was bis jetzt getan wurde, geht nicht über den Rahmen kleinbürgerlicher Maßnahmen hinaus. So z. B. die einmalige Verteilung der Grazer Arbeitslosen mit 100 kg Kohle.

Die Sache der Arbeitslosen ist die Sache der Gesamtarbeiterschaft. Je größer die Arbeitslosenarmee, desto schwerer drückt das Kapital die Betriebsarbeiterschaft! Die größte Gefahr für die Arbeiterschaft ist die Stimmung, die die Reformisten planmäßig erzeugen: In der Krise kann man nicht kämpfen!

Gerade jetzt ist der schärfste wirtschaftliche und politische Kampf gegen die frechgewordene Bourgeoisie, gegen die Reaktion am notwendigsten! Und darum bekämpfen wir mit aller Kraft die Politik der Demoralisierung der proletarischen Kampfkraft, die Koalitionspolitik der Reformisten!

Das Wort der russischen Arbeiter.

In Genf tagte eine vom Völkerbund einberufene Abrüstungskonferenz, zu der auch Sowjetrußland eingeladen wurde. Die Sowjetdelegation gab eine Erklärung ab und machte Vorschläge zur Abrüstung, die wir zum Teil wiedergeben.

Die Sowjetregierung ist der Meinung, wie sie es übrigens immer erklärt, daß unter den Bedingungen des kapitalistischen Systems kein Grund vorliegt zu glauben, daß man die Ursachen bewaffneter Konflikte abschaffen könnte. Der Militarismus und der Marinismus sind die natürlichen Konsequenzen, die dem Kapitalismus innewohnen. Durch ihr eigenes Wachstum vertiefen sie selbst die bestehenden Widersprüche, beschleunigen und aktivieren die schlummernden Konflikte, indem sie diese unermüdlich in bewaffnete Zusammenstöße umwandeln. Aber die Völker aller Länder, durch den imperialistischen Weltkrieg 1914—1918 verarmt und verblutet, sind durchaus geneigt, gegen neue imperialistische Kriege zu kämpfen und den internationalen Frieden zu sichern. Eben dieser letzte Umstand erlaubt es der Sowjetregierung, die Einladung des Völkerbundes, der behauptet, für die Abrüstung zu sein, anzunehmen. Sie nimmt diese Einladung mit dem Zweck an, der ganzen Welt ihren Willen für einen internationalen Frieden zu demonstrieren; und andererseits zu zeigen, welches die wirklichen Absichten und Wünsche der kapitalistischen Regierungen in Bezug auf die Abrüstung sind.

Die Sowjetdelegation erhielt von ihrer Regierung den Auftrag, vollständige Abschaffung aller bewaffneten Kräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft vorzuschlagen. Zur Verwirklichung schlägt die Sowjetregierung konkret folgende Maßnahmen vor.

- Entwaffnung aller bewaffneten Land-, See- und Luftstreitkräfte und das Verbot ihrer Bildung unter irgendwelcher maskierten Form.
- Bernichtung aller Waffen, Munition, aller Mittel des Gemischten Krieges und aller anderen Mittel der Rüstungs- und der Vernichtungswerkzeuge, die sich in den Armeen, Militärdépôts oder in deren Gebrauch befinden.
- Die vollständige Vernichtung aller Kriegsschiffe und Militärflugzeuge.
- Abichaffung der Einberufungen zur Militärausbildung in der Armee oder in sonstigen Vereinigungen und gesetzliche Abschaffung der Militärdienstpflicht sowie des freiwilligen oder durch Rekrutierungen zu erfüllenden Dienstes.
- Die Schaffung von Gelehen, die die Einberufung der ausgebildeten Militärreserven verbieten.
- Die Schließung der Festungen und Zerstörung der See- und Luftstützpunkte.
- Die Auflösung der speziellen Kriegsfabriken und Zerstörung aller Maschinen, die in den Fabriken der Kriegsindustrie zur Herstellung von Kriegsfabrikaten dienen.
- Alle Bewilligungen für Militärzwecke in den Staatsbudgets und den Budgets verschiedener Vereinigungen sollen gestrichen werden.

i) Die Abschaffung der Ministerien für Krieg, Marine und Militärflugwesen. Ebenso der Generalstabe und der militärischen Leitungen, Unternehmungen und Institute jeder Art.

j) Gesetzliches Verbot jeder Art militärischer Propaganda und Ausbildung unter der Bevölkerung sowie jeder militärischen Erziehung der Jugend durch Organisationen des Staates oder durch Vereine.

k) Es sollen keine Erfinderpateute für alle Arten von Waffen und Zerstörungsmittel mehr ausgestellt werden, damit jede Ermunterung zu solcher Art von Erfindungen fortfällt.

l) Schaffung von Gesetzen, nach denen die Verletzung der soeben gegebenen als das größte Verbrechen gegen den Staat bezeichnet wird.

m) Alle Regierungsmaßnahmen oder Vereinbarungen zwischen Regierungen, die den angeführten Bestimmungen widersprechen, sind für null und nichtig zu erklären oder entsprechend abzuändern.

n) Die Sowjetdelegation hat die Vollmacht, die Verwirklichung des vorgetragenen vollständigen Abrüstungsprogramms vorzuschlagen, sofort nachdem eine entsprechende Konvention in Kraft getreten ist, der zufolge alle zur Vernichtung des Kriegsmaterials notwendigen Maßnahmen innerhalb eines Jahres verwirklicht werden sollen. Die Sowjetregierung glaubt, daß der vorgetragene Plan zur reibungslosen Verwirklichung der vollkommenen Abrüstung der einfachste und der der Sache des Friedens zweckentsprechendste Plan ist.

stunden von 6—10 Uhr bewältigt werden. Diese Ansicht ist nicht nur vollkommen richtig, sondern es würden durch den Wegfall der dritten Schicht, der eigentlichen Nachtschicht, auch für die Mühlenarbeiter stabilere Arbeitsverhältnisse geschaffen werden. Dient doch die dritte Schicht in den Mühlen hauptsächlich dazu, um Vorräte anzusammeln und hernach gleich zwei Schichten abzubauen. Da der übergroße Teil der in Betracht kommenden Mühlen nur in zwei Schichten arbeitet, viele sogar nur mit einer Schicht, würde diese Forderung auch bei den Unternehmen auf nicht allzugroßen Widerstand stoßen. Trotzdem wird der Antrag abgelehnt, mit der sadenscheinigen Begründung, „daß es derzeit aussichtslos erschiene, diese Forderung durchzuführen“. Jedenfalls eine mehr merkwürdige als interessante Ansicht, daß das was bei Bäckern selbstverständlich ist, bei den Mühlenarbeitern undurchführbar sei. *Marholb.*

Abhilfe muß geschaffen werden!

Bei der Arbeitslosen-Auszahlungsstelle im Grazer Finanzgebäude sind in der vergangenen Woche im Kellergang, der den Arbeitslosen als „Wartesaum“ dient, zwei Personen, ein Mann und eine Frau, ohnmächtig geworden. Viele Arbeitslose kommen dort zusammen, denen der Hunger aus den Augen schaut und die vor Schwäche kaum stehen können. Kein Wunder bei der Hungerunterstützung, für deren Erhöhung sich die S. P. bis jetzt nicht einsetzt. Zum Hunger und der Schwäche kommt dann noch das lange Stehen in diesem Kellergang, der keine Lüftung hat. Die stickige, dumpfe Luft, die Ausdünstung der nassen Kleider, im Winter die Zusammenhäufung von 100—200 Personen, das ist selbst für Gesunde eine Kraftprobe. Die Gewerkschaftskommission soll einen Vertreter diese Situation auskosten lassen. Bei der Finanzdirektion ist eine schnellere Abwicklung der Auszahlung zu fordern, was allerdings neue Kräfte erfordert. Ferner muß eine vernünftige Lüftung des Kellerganges angebracht werden. Die Gewerkschaft möge sich diesbezüglich mit den kompetenten Stellen auseinandersetzen und auf eine rasche Abhilfe dringen.

Was ist los? Metallarbeiter, fordern Berichterstattung!

Weder die „Metallarbeiter-Zeitung“, noch der „Arbeiterwille“ berichten den Mitgliedern des Verbandes über den Stand der Lohnbewegung. Die Geheimdiplomate am grünen Tisch wird weiter geübt. Kein Wort über Stellungnahme der Unternehmer zum neuen Vertrag und den gestellten Lohnforderungen. Soweit wir unterrichtet sind, wollen die Metallindustriellen nicht nur über die Lohnfragen nicht diskutieren, sondern auch wesentliche Verschlechterungen im neuen Vertrag aufstellen. So z. B. gänzliches Rauchverbot, willkürliche Festlegung der Arbeitszeit in jedem einzelnen Betrieb nach dem jeweiligen Diktat des Unternehmers, also Beibehaltung des Achtstundentagesgesetzes, und andere Verschlechterungen mehr. Es wäre deshalb jetzt schon die Pflicht der Verbandsleitung, zum mindesten die Mitglieder zu mobilisieren, um dieselben über die Situation im Lohnkampfe zu unterrichten und für den bevorstehenden, sicherlich hartnäckigen Kampf organisatorisch, taktisch und materiell die Vorbereitungen zu treffen. Jedoch nicht einmal die primitivsten Rechte der Mitglieder werden erfüllt. Ein aktives, pulsierendes Leben in der Gewerkschaft, wie es von mehreren Rednern am letzten Verbandstag der Metallarbeiter gefordert und für notwendig erklärt wurde, ist im Grazer Bezirk nicht zu sehen. Versammlungen der Metallarbeiter sind schon **außergewöhnliche Seltenheiten**. **Nicht einmal** zur Wahl der Delegierten zum Verbandstag wurde eine nach den Statuten vorgeschriebene Versammlung einberufen. Somit ist das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder völlig ausgeschaltet. Das ist die Demokratie der Verbandsbürokratie nach sozialdemokratischem Muster. Eine Schuld an diesen Zuständen tragen jedoch auch die Mitglieder selbst, die in der völlig falschen Anschauung leben, daß es genügt, den Beitrag zu entrichten und sonst sich um nichts zu kümmern. Nein, nicht der Verbandsbeitrag ist das wichtigste. Die regste Anteilnahme an allen Fragen der Gewerkschaft, z. B. Wahl in die Orts- und Bezirksleitung sowie zum Verbandstag, Festsetzung der Beiträge, zu den Verwaltungskosten, zur Frage der Taktik bei

Aus dem Arbeiterleben

Kolporteure Gewerkschafter gegen die Abschaffung der Nachtarbeit in den Mühlen.

Kollege Salchner fragt den Verbandsvorstand, ob er sich mit der Abschaffung der Nachtarbeit in der Mühlenindustrie beschäftigen. Durch die schwere Wirtschaftskrise der Mühlenindustrie sei die Nachtarbeit nicht mehr notwendig und könne in den Tages-

Der Kran.

Erzählung von Hans Vorbeer.

„Sie wollen die dritte Schicht entlassen und mit zweien weiter schuften. Das wird dann eine schöne Bürgerei hier werden“, sagte der dürre Hannemann und spuckte auf den Sand.

Christian und der lange Zitter standen dabei und erschrocken bei diesen bösen Nachrichten. Der lange Zitter kriegte wieder das Jucken in die Augenlider — das hatte er immer, wenn ihn was erregte —; war noch vom Schützengrabenerleben her und plagte ihn meistens dann, wenn er an seine abgebaute Rente dachte.

Und nun kam ein neuer Jammer!

Wie sie so standen, kam Ferdinand, der Vertrauensmann, und sagte noch einmal, was der dürre Hannemann schon gebracht hatte. Er war aber ganz ruhig und beinahe heiter, sagte sich an die Nase und sagte dann:

„Wenn das wird — — — nun, dann wird eben gestreikt. Ich habe mich schon mit den Gewerkschaften in Verbindung gebracht. Morgen früh ist der Alte hier und wird mit den Herren verhandeln. Wird schließlich nichts bei rauskommen. Aber wir haben den richtigen Weg. — Nein, Kollegen, — zwölf Stunden wählen wir hier nicht. Würde eine schöne Bürgerei werden. Gerade jetzt, wo der Kran hochsteigt und die Sache immer gefährlicher wird — — — und dann drauflos gehen, daß uns der Mist auf's Schädeldach poltert. Nein, Kollegen! Nein —!“

Christian und der lange Zitter nickten. Sie wurden beide wieder mutig. Und der lange Zitter sagte:

„Nein — das kann kein Mensch nicht verlangen, hier so zu gehen, — und zwölf Stunden. Und die Hälfte schmeißen sie raus auf die Straße, wo sie untern Schlitten kommen. Nein!“

Das war am ersten Tage. Und ich stand mich weit entfernt und hörte alles. Erst erschrocken, wie der lange Zitter und Christian. Aber gleich sagte ich mich. Denn da standen sie noch, ohne Aufregung, ruhig und gelassen, der dürre Hannemann, Christian, Ferdinand und der lange Zitter. Die vier Männer waren wie vier Säulen, auf denen sicher und hoch mein mutiges Vertrauen aufblickte.

Und es wurde doch sehr, sehr ernst — — —!

Die Bauleitung hatte es abgelehnt, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Und am Mittag erhielt eine lange Reihe von Arbeitern die Entlassung. Unter den Entlassenen war auch ich.

Das war am zweiten Tage. Am Abend war eine Delegiertenversammlung. Ferdinand sprach. Und der Alte von der Gewerkschaft sprach. Alle Arbeiter waren gekommen. Sie waren alle sehr empört und drohten, die Herren kalt zu stellen. Der lange Zitter stand mit juckenden Augenlidern auf der Bühne und machte ein paar Häufte wie von Eisen.

„Wir lassen uns nicht von die Kaputt machen!“

Am andern Morgen sollte der Kran mit den zwei Zwölfstundenschichten beginnen. Die Entscheidung drängte. Wenn man nicht von vornherein alles verlaufen wollte, durfte man die Sache erst gar nicht anfangen. Es galt, sich zu entscheiden, und auf alle Fälle gleich so, daß man nicht schon am ersten Tage in Kragenjammer und Streikbrecherei erjoff.

Und auf der Bühne stand Hein Grünebusch und sagte:

„Wir entscheiden uns. Es wird gestreikt! Es muß gestreikt werden! — Kollegen, ihr werdet doch die Hausgeschmissenen nicht im Stich lassen — — —?“

Hein Grünebusch war ein Hausgeschmissener. Und es wurde doch so sehr, sehr ernst — — —!

Der Streik begann sehr schön. Hein Grünebusch stand vorm Fabriktor und sagte zu den Kameraden:

„ — — — Streik ist bloß richtig. Die bauen hier einen Kran auf. Und der Kran baut einen neuen Betrieb. Und in dem neuen Betriebe machen sie allerhand Gift „ar einem neuen Krieg. Der Streik ist bloß richtig. — wir wollen keinen Krieg.“

Aber dann schickte die Bauleitung an alle Entlassenen einen Brief, sie könnten wieder arbeiten kommen. — es ginge mit einer Schicht, so lange sie Lust hätten.

Das war am dritten Tage. Am Abend in der Dunkelheit. Und Hein Grünebusch trug die Briefe selber aus.

Auch bei mir war er. — Da nahm ich den Brief, spuckte hinein, zerknüllte ihn und schmiss ihn dem ekligen Hein an den ekligen Schädel. Dann schob ich ihn zur Tür hinaus, daß er über den Furt kollerte. Er schimpfte und nannte mich einen Dummkopf. Aber dann lief er fort, weil ich ihm sagte, ich würde ihn mit dem Rückenmesser abstechen, wenn er nicht verdufte.

Doch — Hein Grünebusch hatte Glück. Er fand eine gute Reihe Lumpenkerle.

Und sie lachten, als wir am nächsten Morgen zu spät am Tor erschienen waren, um ihnen den

Mehrere Arbeitslose haben sich wegen der zwangsweisen Aufdrängung der „Roten Fahne“ durch ihre Kolporteure bei der Finna beim Direktor der Auszahlungsstelle beschwert. Daraufhin wurde das Kolportieren der „Roten Fahne“ bei der Finna verboten.

